

**Stadt Bergisch Gladbach**  
**Die Bürgermeisterin**

Ratsbetreuender Fachbereich: <b>1 - Allgemeine Verwaltung</b> <b>Verwaltungssteuerung</b>	Datum 06.03.2001
	Schriftführer Herr Kredelbach Telefon-Nr. 02202/14-2237
<b>Niederschrift</b>	
<b>Rat</b>	<b>Sitzung am 15.02.2001</b>
Sitzungsort  Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)  17:01 Uhr – 19:35 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
<b>Sitzungsteilnehmer</b> Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
<b>Inhalt</b>	

**A Öffentlicher Teil**

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlußfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates vom 14.12.2000 - öffentlicher Teil - 83/2001**
- 4. Mitteilungen der Bürgermeisterin**
- 5. Einwohnerfragestunde 86/2001**

6. **Über- und außerplanmäßige Ausgaben 2000**  
*37/2001*
  
7. **Erweiterung der Evgl. Kindertagesstätte der Heilig-Geist-Kirche in Hand, Theodor-Fliedner-Str. 2, um einen Mehrzweckraum**  
*20/2001*
  
8. **Sanierung und Umbau des Kindergartens des Elternvereins "Klutstein" in Katterbach, Klutstein 41**  
*22/2001*
  
9. **Änderung Nr. 128/3232 - Strunder Delle - des Flächennutzungsplanes**  
**- Beschluss der Änderung**  
*65/2001*
  
10. **Bebauungsplan Nr. 89 - Strunder Delle -**  
**- Beschlüsse zu Anregungen (öffentliche Auslegung)**  
**- Beschluss zum vereinfachten Änderungsverfahren gem. § 13 BauGB**  
**- Beschlüsse zu Anregungen (vereinfachtes Änderungsverfahren)**  
**- Beschluss als Satzung**  
*66/2001*
  
11. **Bebauungsplan Nr. 2396 - Straßenverbindung Refrather Weg/Bensberger Straße -**  
**- Beschlüsse zu Anregungen**  
**- Beschluss als Satzung**  
*772/2000*
  
12. **Antrag der CDU-Fraktion auf Umbesetzung im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden**  
*98/2001*
  
13. **B 90/DG v.29.01.2001 zukünftig zum NS-Gedenktag am 27. Januar eine Erinnerungsveranstaltung auszurichten**  
*99/2001*
  
14. **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 23.01.2001 zur Briefaktion an Firmen in Bergisch Gladbach, die Zwangsarbeiter beschäftigt haben**  
*97/2001*

| **15. Anfragen der Ratsmitglieder**

**A Öffentlicher Teil**

**1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlußfähigkeit**

Bürgermeisterin Opladen eröffnet die Sitzung und stellt fest, daß der Rat ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde sowie beschlußfähig ist.

Sie benennt folgende, für die heutige Sitzung relevanten Sitzungsunterlagen:

1. die Einladung vom 02.02.2001,
2. das Schreiben vom 14.02.2001 mit seinen Anlagen.

Danach weist sie auf eine kleine Mappe mit Postkarten des Verschönerungsvereines hin, mit der dieser die von ihm geleistete Arbeit der letzten Jahre zugunsten der Stadt dokumentiere. Sie bedankt sich beim Verschönerungsverein für den außerordentlichen Einsatz .

Die Verwaltung unterbreite dem Rat kurzfristig eine Resolution zum Ausbau der S-Bahnlinie 11. Diese liege allen Ratsmitgliedern als Anlage zum benannten Schreiben vom 14.02.2001 vor und habe nicht früher erarbeitet werden können. Die Angelegenheit sei Diskussionspunkt der letzten Sitzung des Hauptausschusses am 06.02.2001 gewesen. Sie werde zusammen mit dem Geschäftsführer des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg ein Pressegespräch durchzuführen, um die Komplexität der Angelegenheit der Öffentlichkeit zu erläutern. Mit Blick auf den anstehenden Tagungstermin des Verkehrsausschusses des Landes im März sei es sinnvoll, vorab bestimmte Forderungen der Stadt zu unterbreiten. Der Ausschuß solle aufgefordert werden, die besondere verkehrliche Bedeutung der S-Bahnlinie anzuerkennen. Dann müsse das Land neben den Investitions- auch die Betriebskosten übernehmen. Sie schlägt vor, die Tagesordnung im öffentlichen Teil um die Resolution zu erweitern. Sie habe bereits einen Termin in Düsseldorf vereinbart, an dem die Geschäftsführer des Verkehrsverbundes und der hiesigen Stadtverkehrsgesellschaft teilnehmen würden. Hier solle die Frage der Finanzierung besprochen werden. Eine einstimmige Verabschiedung der Resolution werde die Bemühungen der Verwaltung in Düsseldorf unterstützen.

Herr Kraemer unterstützt die Resolution. Es sei wichtig in Düsseldorf zu erreichen, daß nicht nur die Investitions-, sondern auch die Betriebskosten übernommen werden.

Frau Ryborsch hält die Resolution für wenig sinnvoll, da die Gewährung der Investitionskosten durch den Verkehrsausschuß bereits feststehe und mehr nicht erreicht werden könne. Die Angelegenheit solle im Ältestenrat besprochen werden. Trage das Land die Investitionskosten, erkenne es hiermit die Wichtigkeit der S-Bahnlinie 11 an. Es sei dann möglich, nach der Sitzung des Verkehrsausschusses im zuständigen Mini-

sterium vorstellig zu werden und unter Hinweis auf die Gewährung auch für die Übernahme der Betriebskosten zu plädieren.

Herr Freese schließt sich dieser Auffassung an. Das Land komme der Stadt mit der Übernahme der Investitionskosten bereits sehr weit entgegen. Zudem werde wahrscheinlich auch geprüft, ob das Regionalisierungsgesetz zu modifizieren sei. Mehr sei derzeit nicht erreichbar. Die Resolution widerspreche zudem den Verwaltungsausführungen in der Vorlage für den Hauptausschuß am 06.02.2001. Hier habe die Verwaltung noch die benannte Sitzung des Verkehrsausschusses in Düsseldorf abwarten wollen. Er schlägt vor, den Resolutionstext heute zur Kenntnis zu nehmen, in den Fraktionen beraten zu lassen und in der kommenden Ratssitzung einen möglichst einvernehmlichen Beschluß zu fassen.

Frau Schmidt-Bolzmann begrüßt die hinter der Resolution bestehende Initiative. Sie sei sinnvoll, um das in der Macht des Rates Stehende zum zügigen Ausbau der S-Bahnlinie zu erreichen.

Herr Blask hält es vor dem Hintergrund der bereits geleisteten Wortbeiträge nicht mehr für sinnvoll, die Tagesordnung des Rates um die Resolution zu erweitern. Es komme ohnehin kein einstimmiger Beschluß zustande.

Aufgrund des Beratungsergebnisses zieht Bürgermeisterin Opladen die Resolution zurück. Sie stellt klar, daß sie auch ohne die von ihr gewünschte Unterstützung des Rates die Bemühungen in Düsseldorf fortsetzen werde.

**2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**

Die Niederschrift wird genehmigt.

**3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates vom 14.12.2000 - öffentlicher Teil -**

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

**4. Mitteilungen der Bürgermeisterin**

Es gibt keine Mitteilungen.

**5. Einwohnerfragestunde**

**Anfrage von Herrn Klaus Hoffmann zur Beschilderung im Stadtgebiet**

Herr Hoffmann verliest den Inhalt seiner Einwohneranfrage. Sie ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Danach beantwortet Bürgermeisterin Opladen die gestellten Fragen. Auch die Antworten sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

6. **Über- und ausserplanmässige Ausgaben 2000**

Der Rat nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

7. **Erweiterung der Evgl. Kindertagesstätte der Heilig-Geist-Kirche in Hand, Theodor-Fliedner-Str. 2, um einen Mehrzweckraum**

Der Rat faßt einstimmig folgenden

**Beschluß:**

1. Die Stadt Bergisch Gladbach gewährt dem Förderverein der Evgl. Kindertagesstätte in Hand zur Errichtung eines Mehrzweckraums an das bestehende Kindertagesstättengebäude Theodor-Fliedner-Straße 2 aus Mitteln der Stiftung Scheurer ein zinsloses Darlehen in Höhe von 210.560 DM.
2. Der Förderverein der Evgl. Kindertagesstätte in Hand verpflichtet sich, den Mehrzweckraum an die Evgl. Kirchengemeinde Bergisch Gladbach für den Betrieb der Kindertagesstätte zu vermieten und die monatlichen Mieteinnahmen zur Tilgung des Darlehns an die Stadt weiterzuleiten.
3. Der Förderverein der Evgl. Kindertagesstätte in Hand verpflichtet sich, nach Tilgung des Darlehns den Mehrzweckraum an die Evgl. Kirchengemeinde Bergisch Gladbach für den Betrieb der Kindertagesstätte kostenlos zu übertragen und damit das Mietverhältnis zu beenden.

8. **Sanierung und Umbau des Kindergartens des Elternvereins "Klutstein" in Katterbach, Klutstein 41**

Der Rat faßt einstimmig folgenden

**Beschluß:**

Die Stadt Bergisch Gladbach gewährt dem Elternverein „Klutstein“ für die Sanierung und den Umbau seines eingruppierten Kindergartens in Katterbach, Klutstein 41, zu den angemessenen Baukosten einen

Zuschuss von 100%. Für die nach Abzug der Rücklage zu finanzierenden Mittel in Höhe von bis zu 50.000 DM soll aus den in 2000 nicht verausgabten Mitteln bei Haushaltsstelle 1.464.9870.1 - Investitionszuschüsse Kindertagesstätten- ein Haushaltsrest in Höhe von 50.000 DM gebildet werden, damit die Mittel in 2001 zur Verfügung stehen. Die bewilligten Mittel unterliegen einer zehnjährigen Zweckbindung.

9. **Änderung Nr. 128/3232 - Strunder Delle - des Flächennutzungsplanes**  
**- Beschluss der Änderung**

und

10. **Bebauungsplan Nr. 89 - Strunder Delle -**  
**- Beschlüsse zu Anregungen (öffentliche Auslegung)**  
**- Beschluss zum vereinfachten Änderungsverfahren gem. § 13 BauGB**  
**- Beschlüsse zu Anregungen (vereinfachtes Änderungsverfahren)**  
**- Beschluss als Satzung**

Herr Neuheuser kritisiert, daß der dem Gesamtverfahren zugrunde liegende Bauwunsch bereits durch die Erteilung einer frühzeitigen Baugenehmigung erfüllt wurde. Er kündigt an, daß die Fraktion der KIDinitiative Einsicht in die Akten beantragen werde.

Herr Ziffus kritisiert, daß die Einladung zur Sitzung des Planungsausschusses am 13.02.2001 mit 304 Seiten zu umfangreich war, um sich in den 7 Tagen zwischen der Zustellung und der Sitzung eingehend mit ihr zu befassen. Hieran mangle es auch in Bezug auf die Vorlagen zu den beiden Bebauungsplänen, deren Satzungsbeschluß in der heutigen Sitzung erfolgen solle. Er beantragt, die Tagesordnungspunkte 10 und 11 des öffentlichen Teiles von der Tagesordnung zu nehmen und zur erneuten Beratung in den Planungsausschuß zurück zu überweisen. Dieser Antrag wird vom Rat mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Stimmenthaltungen der Fraktion KIDinitiative abgelehnt.

Sodann faßt der Rat zu Punkt 9 mehrheitlich mit den Stimmen von CDU, SPD und F.D.P. bei einer Stimmenthaltung aus den Reihen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden

**Beschluß:**

**Gemäß § 2 des Baugesetzbuches wird die Änderung Nr. 128/3232 – Strunder Delle – des Flächennutzungsplanes beschlossen. Der Änderung ist ein Erläuterungsbericht beigelegt (§ 5 Abs. 5 BauGB).**

Danach faßt der Rat in getrennten Abstimmungen jeweils mehrheitlich mit den

Stimmen von CDU, SPD und F.D.P. folgende

**Beschlüsse:**

**I. Den im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplan-Entwurfes Nr. 89 - Strunder Delle -, 2. Änderung, gemäß § 3 Abs. 2 BauGB vorgetragene Anregungen der Einwender**

- TÖB 1 Landschaftsverband Rheinland, Rheinisches Amt für Denkmalpflege, wird teilweise stattgegeben,
- TÖB 2 Rheinisch-Bergischer Kreis, Untere Landschaftsbehörde wird stattgegeben.

**II. Für die nach der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplan-Entwurfes Nr. 89 – Strunder Delle –, 2. Änderung, erfolgten Änderungen**

- Wegfall des Lärmschutzwalles
- Festlegung weiterer passiver Lärmschutzmaßnahmen
- Reduzierung der Geschoßhöhe
- Festsetzung von Trauf- und Firsthöhe

wird ein Beteiligungsverfahren nach § 3 Abs. 3 in Verbindung mit § 13 BauGB durchgeführt. Anregungen sind nur zu den Änderungen und Ergänzungen zugelassen.

**III. Den im Rahmen des Beteiligungsverfahrens nach § 3 Abs. 3 in Verbindung mit § 13 BauGB zum Bebauungsplan-Entwurf Nr. 89 – Strunder Delle –, 2. Änderung, vorgetragene Anregungen des Einwenders**

- TÖB Landschaftsverband Rheinland, Rheinisches Amt für Denkmalpflege,

wird teilweise stattgegeben.

**IV. Der Bebauungsplan Nr. 89 – Strunder Delle –, 2. Änderung, wird gemäß § 10 BauGB und den §§ 7 und 41 Gemeindeordnung NW als Satzung beschlossen und die Begründung nach § 9 Abs. 8 nach BauGB dazu.**

**11. Bebauungsplan Nr. 2396 - Straßenverbindung Refrather Weg/Bensberger Straße -**

**- Beschlüsse zu Anregungen**

**- Beschluss als Satzung**



Herr Freese geht davon aus, daß für die geplante Straße eine Kosten-Nutzenrelation nicht gegeben ist. Sie bringe sowohl der Dolmanstraße als auch der Bensberger Straße eine erhebliche Mehrbelastung an Verkehr. Eine geringe Entlastung erfahre nur die Richard-Zanders-Straße. Schon 1985 habe eine auf private Initiative durchgeführte Zählung ergeben, daß die Dolmanstraße mit 24.000 Fahrzeugen täglich belastet werde. Inzwischen seien es mehr als 29.000 Fahrzeuge geworden. In der Verkehrsspitzenstunde liege die Belastung sowohl in der Dolmanstraße als auch auf der Bensberger Straße bei 2.200 Fahrzeugen. Bekanntermaßen setze ein stündliches Verkehrsaufkommen von mehr als 1.700 Fahrzeugen eine geschaltete grüne Welle außer Kraft, so daß es zu Staus komme. Die Querspange werde diese Entwicklung verstärken. Insgesamt funktioniere in Refrath der Verkehrsfluß noch einigermaßen, wengleich auch heute bereits einige Lkw-Fahrer den Weg durch die Bernard-Eyberg-Straße und die Straße In der Auen zur Autobahn A 4 nähmen. Mit der Inbetriebnahme der Querspange werde der noch erträgliche Zustand jedoch beendet. Gleichzeitig werde der Verkehr in den reinen Wohngebieten Refraths ansteigen.

Auf der Bensberger Straße sei die Situation noch bedenklicher, da hier die Linksabbiegerspuren nicht über genügend Aufstellfläche verfügen. Bei höherem Aufkommen kollabiere der Verkehr noch schneller. Mit der Querspange werde das Verkehrsaufkommen auf 26.000 bis 28.000 Fahrzeuge pro Tag erhöht. Für sich alleine sei der Bau der Querspange sinnlos. Ein positiver Effekt sei auch nicht für die Straße An der Gohrsmühle, für das Driescher Kreuz und den Gronauer Kreisel zu erwarten. Für den Bereich des Driescher Kreuzes werde der dort geplante Kreisverkehr zu einer Entzerrung führen. Der Gronauer Kreisel funktioniere derzeit leidlich. Einzig die Richard-Zanders-Straße werde eine Reduzierung ihrer Belastung von derzeit 10.000 auf etwa 7.000 Fahrzeuge erfahren. Dies stehe jedoch in keinem Verhältnis zu den Mehrbelastungen der oben benannten Straßen.

Einen Sinn mache die Querspange nur dann, wenn sie in ein Gesamtkonzept zur Anbindung an das Merheimer Kreuz angebunden werde. Er geht davon aus, daß der Bebauungsplan einem Normenkontrollverfahren nicht standhält.

Auch für Herrn Blask macht die Straße ohne Gesamtkonzept keinen Sinn. Nur als Gesamtvorhaben von Spitze bis zum Autobahnkreuz Köln-Merheim sei die Straße zuschlußfähig. Die Querspange alleine müsse durch die Stadt finanziert werden. Er schlägt vor, daß Konzept einer übergreifenden Verbindungsstraße über einen Bürgerentscheid legitimieren zu lassen.

Für Herrn Ziffus führt der Bau der Querspange lediglich zu einer leichten Entlastung des Stadtzentrums sowie zu einem geringen Zeitvorteil der sie nutzenden Lkw. Richtigen Sinn mache sie erst als Bestandteil einer von Spitze nach Köln-Merheim führenden Straße. Er geht davon aus, daß der städtische Haushalt so schnell die 15 bis 20 Mio. DM für den Bau der Straße nicht bereitstellen könne.

Seiner Auffassung nach seien die Einwände aus der Bürgerschaft völlig unzureichend abgehandelt worden. Dies gelte zunächst für diejenigen hinsichtlich der zu erwartenden Luftschadstoffe. Nicht beachtet worden seien auch die Grundwasserproblematik sowie die Notwendigkeit eines Ableitens des Oberflächenwassers der Straße. Es lasse sich auch keine hinreichende Abwägung hinsichtlich der Notwendigkeit einer geringst möglichen Versiegelung erkennen.

Gleiches gelte auch für die zu erwartende Beeinträchtigung der Schule sowie den Einwendungen der Naturschutzverbände.

Herr Kraemer ist der Auffassung, daß gerade in Kenntnis der derzeitigen verkehrlichen Belastung der Dolmanstraße und der Bensberger Straße der Bau der Querspange notwendig sei. Er bestätigt, daß es mit ihrem Bau alleine nicht getan sei. Nach dem Willen der CDU-Fraktion solle in jedem Falle irgendwann eine Anbindung an das Merheimer Kreuz erfolgen. Er appelliert an die übrigen Fraktionen im Rat, an der Erreichung dieses Fernzieles mitzuwirken. Irreal sei die Annahme einer Verlängerung der Straße bis nach Spitze quer durch den Lerbacher Wald. Entgegen der Auffassung der übrigen Fraktionen sei die Querspange im übrigen durchaus Bestandteil eines Verkehrskonzeptes, das in der letzten Ratsperiode entwickelt wurde. Dessen Entwicklung dürfe jedoch nicht Theorie bleiben, sondern müsse durch konkrete bauliche Maßnahmen angegangen werden. Die Querspange sei ein erster Schritt hierzu. Er erkennt die zu erwartende Mehrbelastung der Bensberger Straße und der Dolmanstraße an. Um so mehr sei es notwendig, die Anbindung an das Merheimer Kreuz zu forcieren.

Herr Dr. Kassner erklärt sich ausdrücklich für den Bau der Straße. Für ihn stelle diese das erste Teilstück einer verbesserten Infrastruktur der Gesamtstadt dar. Für sich alleine mache sie selbstverständlich wenig Sinn, mit einer Anbindung an das Merheimer Kreuz jedoch um so mehr. Entsprechend solle die Bürgermeisterin ihre Verhandlungen mit Köln führen. Von der Verkehrsproblematik seien bereits jetzt alle Refrather Bürger gleichermaßen betroffen, da sich der Verkehr bereits in die reinen Wohngebiete hinein erstrecke. Das Nichtbauen der Querspange zementiere diese Situation, wobei gleichzeitig das Verkehrsaufkommen in den nächsten Jahren noch weiter zunehme.

Für Herrn Orth steht mit dem zu fassenden Satzungsbeschluß nicht nur eine Variante der früheren L 286 n zur Debatte, sondern auch das in der vergangenen Ratsperiode verhinderte Bahndammprojekt. Es sei bezeichnend, daß bereits in der Vorlage selbst sehr viele Argumente gegen eine nicht in ein verkehrliches Gesamtkonzept eingebettete Querspange vorgetragen werden. Die Realisierung der Querspange alleine werde für Refrath und andere Stadtteile eine erhebliche Verschärfung der Verkehrssituation bringen. Daher liege eine Verlängerung auf der Hand. Da für die SPD-Fraktion eine Einigung mit dem benachbarten Köln hinsichtlich der Verlängerung nach Merheim nicht erkennbar sei, bleibe als Alternative nur die Bahndammlösung übrig. Aufgrund dessen sehe seine Fraktion sich nicht in der Lage, den Beschluß mit zu tragen. Ein schlüssiges Verkehrskonzept insgesamt gebe es nicht, da ein solches in der letzten Ratsperiode gescheitert sei.

Frau Hammelrath betont, daß die SPD-Fraktion eine Lösung der Verkehrsprobleme der Stadt wünsche. Eine Verkehrskonzeption liege entgegen der Auffassung der CDU schon alleine deshalb nicht vor, da eine Realisierung der L 286 n auch nur in Teilabschnitten nur über einen sehr langen Zeitraum möglich sei. Kurzfristige Abhilfe werde hierdurch nicht geschaffen. Sie kritisiert, daß der allergrößte Teil der Einwendungen gegen den Bauleitplan zurückgewiesen wurden. Der Vorlage habe im Planungsausschuß kein Plan beigegeben, aus dem man die vorgesehene Ausgleichsfläche hätte entnehmen können. Die für die Straße vorgesehene Fläche könne zumindest in Teilbereichen als Gewerbebeerweiterung genutzt werden.

Auch für Frau Schmidt-Bolzmann steht der Nutzen der Straße in keinem Verhältnis zu den von ihr erzeugten Nachteilen. 29.000 bis 30.000 Fahrzeuge pro Tag sowohl auf der Dolman- als auch auf der Bensberger Straße seien durch nichts zu rechtfertigen. Auch die Querspange werde zusätzlichen Verkehr an sich ziehen, in dessen Folge auch mit einer erheblichen Mehrbelastung der Ferrenbergstraße zu rechnen sei. Eine geringe Entlastung sei lediglich für die Ost-West-Achse im Bereich der Straße An der Gohrsmühle zu gewärtigen, wobei sich auch diese Ansicht durch die zu erwartende Mehrbelastung der Ferrenbergstraße wieder nivelliere. Für sie sei nicht erkennbar, daß ein Verzicht auf die Querspange zu einer kontinuierlichen Mehrbelastung des Gronauer Kreisels und des Driescher Kreuzes führe. Die anvisierten Realisierungskosten von 12 bis 15 Mio. DM seien lediglich eine grobe Schätzung. Es könnten durchaus wesentlich mehr werden. Zuschüsse seien nicht zu erwarten, weshalb der Gesamtbetrag aus städtischen Mitteln aufzubringen sei. Das Geld fehle anschließend in der Schulsanierung. Steuererhöhungen seien aufgrund dessen unvermeidlich. Von einer zügigen Realisierung der Verlängerung bis zum Merheimer Kreuz könne man wegen der umfänglichen Bauwerke (Tunnel) nicht ausgehen.

Für Frau Ryborsch ist die Straßenverbindung eine Frage der integrierten Verkehrsplanung. Des weiteren sei die Planung zwingend in die Agenda 21 einzubinden, was zwangsläufig zu einer größeren Bürgerbeteiligung führe. Hierauf hätten alle Bergisch Gladbacher einen Anspruch.

Herr Blask schlägt vor, auf den heutigen Beschluß zu verzichten und zunächst ein schlüssiges Gesamtverkehrskonzept zu entwickeln. Ein solches, flankiert von einer gesicherten Finanzierung, könne anschließend der Bürgerschaft vorgestellt werden.

Herr Müller betont, daß es heute lediglich um die Sicherung der Trasse gehe. Eine Realisierung der Straße werde noch Jahre brauchen. Er reklamiert für die CDU, als einzige Fraktion im Rat über ein schlüssiges Verkehrskonzept zu verfügen. Er unterstellt Herrn Orth, in der vergangenen Ratsperiode in persönlichen Gesprächen mit dem damaligen Oberbürgermeister Heugel versucht zu haben, eine Lösung unter Inanspruchnahme von Kölner Gebiet zu verhindern. Er geht davon aus, daß eine Gesamtlösung bis zum Autobahnkreuz Merheim dann zügig realisiert werden könne, wenn die CDU und die SPD in den Räten von Bergisch Gladbach und Köln gemeinsam auf dieses Ziel hinwirkten.

Herr Hoffstadt beantragt namentliche Abstimmung.

Danach unterstellt er der CDU-Fraktion, es in den vielen Jahren ihrer Alleinherrschaft in Bergisch Gladbach versäumt zu haben, ein Verkehrskonzept zu entwickeln. Die Gespräche zwischen Herrn Orth und dem damaligen Kölner Oberbürgermeister Heugel hätten sich lediglich auf die Westumgehung Refrath und deren geplante Anbindung im Bereich von Köln-Brück bezogen.

Bürgermeisterin Opladen entgegnet, daß die SPD des Landes, insbesondere forciert durch Herrn Dr. Jürgen Wilhelm, eine Realisierung der L 286 n verhindert habe. Sie kündigt an, über das Ergebnis ihrer Gespräche mit Köln zu informieren. Die SPD-Fraktion sei dann gefordert, mit ihren Kollegen in Köln eine Lösung zu unterstützen, damit eine solche auf eine möglichst breite politische Mehrheit gestellt werde.

Danach unterbricht sie die Sitzung, um die Einwohnerfragestunde durchzuführen.

Frau Schmidt-Bolzmann weist darauf hin, daß durch die CDU die Einsetzung von 100.000,-- DM Planungskosten im Haushalt veranlaßt wurde. Insoweit handele es sich nicht nur um die Sicherung der Trasse, sondern auch um die Absicht, die Straße konkret zu bauen. Sie betont, daß auch die F.D.P.-Fraktion eine Anbindung an das Merheimer Kreuz wünsche. Eine Gesamtkonzeption für diese Anbindung müsse jedoch vor der Realisierung der Querspange vorliegen.

Herr Orth bestreitet, mit dem früheren Oberbürgermeister Heugel eine Absprache zum Schaden von Bergisch Gladbach getroffen zu haben.

Die L 286 n sei des weiteren nicht durch die Aktivitäten von SPD-Politikern verhindert worden, sondern letztendlich an den Einsprüchen von 30 - 40.000 betroffenen Kölner Bürgern gescheitert. Im übrigen sei die frühere Trasse der Straße auf Kölner Gebiet inzwischen teilweise überbaut worden, woran im Kölner Rat auch die dortige CDU-Fraktion mitgewirkt habe.

Herr Hoffstadt behauptet, der Rat der Stadt Köln habe 1984 mit den Stimmen aller dort vertretenen Fraktionen einen Beschluß gefaßt, nach dem die L 286 n nicht mehr gebaut werde. Er kündigt an, diesen Ratsbeschluß zu besorgen und der Verwaltung zur Verfügung zu stellen.

Sodann stimmt der Rat in getrennten namentlichen Abstimmungen über die Punkte I. und II. des Beschlußvorschlages ab. Im Ergebnis ergibt sich folgender, mehrheitlich mit den Stimmen der CDU gefaßter **Beschluß:**

**I.**

**Den im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanentwurfes Nr. 2396 -Strassenverbindung Refrather Weg/ Bensberger Straße- gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch vorgetragenen Anregungen der Einwender**

- B 1 Christiane Vetter, Alexander Vetter wird nicht entsprochen,**
- B 2 Christine Protz, Rüdiger Protz wird nicht entsprochen,**
- B 3 Christa Buchem, Helmut Buchem wird nicht entsprochen,,**
- B 4 Dr. Dorothee Laske, Dr. Ralph Laske wird nicht entsprochen,,**
- B 5 Agnes Becker, Heinz Becker wird nicht entsprochen,**
- B 6 Sylvia Becker, Klaus Becker wird nicht entsprochen,**
- B 7 Claudia Schwingen, Frank Schwingen wird nicht entsprochen,**
- B 8 Gisela Eck, Hubert Eck wird nicht entsprochen,**
- B 9 Gisela Klar, Erhard Klar wird nicht entsprochen,**
- B 10 Christa Schwamborn, Peter Schwamborn wird nicht entsprochen,**
- B 11 Renate Weil, Peter Weil wird nicht entsprochen,**
- B 12 Erwin Beckmann wird nicht entsprochen,**
- B 13 Saskia Olschimke, Heinz Olschimke wird nicht entsprochen,**
- B 14 Werner Kopsch wird nicht entsprochen,**
- B 15 HARINGS Architekten wird nicht entsprochen,**
- B 16 Helmut Graßhoff wird nicht entsprochen,**
- B 17 Dr. Frank Sommer wird nicht entsprochen,**

- B 18 Inge Nayal, Frouk Nayal wird nicht entsprochen,**
- B 19 Klaus Kober wird nicht entsprochen,**
- B 20 Ludwig Schlösser wird nicht entsprochen,**
- B 21 Ernst Kröner wird nicht entsprochen,**
- B 22 Margarete Protz wird nicht entsprochen,**
- B 23 Manfred Protz wird nicht entsprochen,**
- B 24 Hilde Peschke, Kurt Peschke wird nicht entsprochen,**
- B 25 Barbara Batanovics wird nicht entsprochen,**
- B 26 Manuela Mancini, Sergio Mancini wird nicht entsprochen,**
- B 27 Elfriede Krzyzan, Hans-Jürgen Krzyzan wird nicht entsprochen,**
- B 28 Ute Richter, Wolfgang Richter wird nicht entsprochen,**
- B 29 Ingrid Schütze wird nicht entsprochen,**
- B 30 Reinhard Seytter wird nicht entsprochen,**
- B 31 Dr. Peter Lempert wird nicht entsprochen,**
- B 32 Burkhard Feige wird nicht entsprochen,**
- B 33 Beate Dworak, Thomas Dworak wird nicht entsprochen,**
- B 34 Heinz Feige wird nicht entsprochen,**
- B 35 Christa Ebinger wird nicht entsprochen,**
- B 36 Frank Stöber wird nicht entsprochen,**
- B 37 Willi Ludemann wird nicht entsprochen,**
- B 38 BUND e. V. wird nicht entsprochen,**
- B 39 Dr. Jur. Ernst Schneider wird nicht entsprochen,**
- B 40 Christine Klein, Reinhard Klein wird nicht entsprochen,**
- B 41 Christian Zaar wird nicht entsprochen,**
- B 41a Christian Zaar wird teilweise entsprochen,**
- B 42 Fa. Hillenberg & Co.oHG wird nicht entsprochen,**
- B 43 Fa. Hillenberg GmbH wird nicht entsprochen,**
- T 1 Strundeverband wird teilweise entsprochen,**
- T 2 Geologisches Landesamt NW wird entsprochen,**
- T 3 Der Landrat/ Landschaftsbeirat wird nicht entsprochen,**
- T 4 Der Landrat wird teilweise entsprochen,**
- T 5 Staatliches Umweltamt wird entsprochen.**

## **II.**

**Der Bebauungsplan Nr. 2396 -Strassenverbindung Refrather Weg/ Bensberger Straße- wird gemäß § 10 Baugesetzbuch und §§ 7 und 41 Gemeindeordnung NW als Satzung beschlossen und die Begründung nach § 9 Abs. 8 Baugesetzbuch dazu.**

### **12. Antrag der CDU-Fraktion auf Umbesetzung im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden**

Herr Kraemer bittet darum, im Antrag der CDU-Fraktion unter „Mitglieder im Ausschuß“ den Namen Dirk Binding durch den Namen Felix Nagelschmidt zu ersetzen.

Sodann faßt der Rat einstimmig folgenden

## **Beschluß:**

**Den Ausschußbesetzungen wird in der modifizierten Form zugestimmt.**

### **13. B 90/DG v.29.01.2001 zukünftig zum NS-Gedenktag am 27. Januar eine Erinnerungsveranstaltung auszurichten**

Herr Dr. Winzen weist auf die Resolution des Rates zur Zwangsarbeiterproblematik hin, in der u.a. auch die schon im Krieg im Stadtgebiet ansässigen Firmen bzw. deren Rechtsnachfolger aufgefordert wurden, sich an dem Zwangsarbeiterfond zu beteiligen. Auf das Schreiben der Bürgermeisterin vom 16.11.2000 an fünf Firmen hätten sich drei gar nicht gemeldet. Die anderen beiden hätten telefonisch bzw. schriftlich zu verstehen gegeben, daß sie nicht gedächten, der Forderung auf Beitritt nachzukommen. Die SPD bedaure das Verhalten der Firmen. Er unterstellt Bürgermeisterin Opladen, den Brief an die Firmen zu lasch formuliert zu haben. Zudem sei die ganze Angelegenheit von ihr lediglich wie eine lästige Pflichterfüllung behandelt worden. Vor allem sei kein weiterer Anlauf gegenüber den Firmen unternommen worden. Demgegenüber habe das Archiv besonders gute Arbeit geleistet. Man wisse inzwischen sehr genau, was sich während des Krieges in Bergisch Gladbach abgespielt habe. So habe z.B. die Firma Glaswatte, die Vorgängerin der heutigen Grünzweig & Hartmann AG, 112 Zwangsarbeiter beschäftigt. Die Arbeitsbedingungen seien dort besonders unerträglich gewesen. Mit ihrem Verhalten füge die heutige Grünzweig & Hartmann AG der Stadt Schaden zu. Er fordert Bürgermeisterin Opladen auf, den Firmen die Konsequenz ihres Verhaltens vor Augen zu führen und klarzustellen, daß die Zeit lediglich verbaler Äußerungen vorbei sei. Er droht für den Fall des Nichtbeitretens Aktionen wie z.B. Sit-Ins vor den Werktoeren an.

Bürgermeisterin Opladen hält es für sinnvoll, die Angelegenheit im Ältestenrat zu besprechen. Es sei nicht angezeigt, die Namen der angeschriebenen Firmen in öffentlicher Sitzung zu benennen, zumal die Behauptungen von Herrn Dr. Winzen hinsichtlich der Firma Grünzweig & Hartmann nicht der Richtigkeit entsprächen.

Im übrigen nimmt der Rat die Vorlage zur Kenntnis.

### **14. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 23.01.2001 zur Briefaktion an Firmen in Bergisch Gladbach, die Zwangsarbeiter beschäftigt haben**

Frau Ryborsch betont das gestiegene Interesse der Öffentlichkeit an der nationalsozialistischen Vergangenheit. Sie hält die Durchführung einer Erinnerungsveranstaltung für sinnvoll, da ohnehin der 27. Januar bereits zum nationalen Gedenktag erklärt wurde. Sie geht davon aus, daß die Durchführung einer solchen Veranstaltung auch die Firmen, die früher Zwangsarbeiter beschäftigten, an ihre Verantwortung erinnere. Einer Behandlung der Angelegenheit im Ältestenrat

stimme sie zu.

Bürgermeisterin Opladen hält die von ihr vorgeschlagene Vorgehensweise für sinnvoll, damit die Realisierung des Antragsanliegens nicht zu einer Schauveranstaltung verkomme. Es müsse sehr genau überlegt werden, was im Rahmen einer solchen Veranstaltung künftig durchgeführt werde.

Im übrigen nimmt der Rat die Vorlage zur Kenntnis.

## 15. Anfragen der Ratsmitglieder

### 1. Schriftliche Anfrage der F.D.P.-Fraktion vom 05.02.2001 zur Kostendeckung von städtischen Zuwendungen an die eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen Stadtgrün und Verkehrsflächen

Herr Dr. Fischer ist mit der Beantwortung der Anfrage nicht zufrieden. Auch zwei Monate nach Verabschiedung des Haushaltsplanes und der Wirtschaftspläne liege zu der von ihm aufgezeigten Diskrepanz keine Klarheit vor. Das die von ihm kritisierten Ansätze noch einer eingehenden Prüfung durch die Wirtschaftsprüfer bedürften, sei keine Begründung für die mangelnde Transparenz, da die gleiche Problematik bereits bei der Gründung des Abfallwirtschaftsbetriebes sowie des Abwasserwerkes aufgetreten sei. Die von ihm aufgezeigte Differenz zwischen dem Kameralhaushalt und den in den Wirtschaftsplänen aufgeführten Ansätzen in den neuen eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen Stadtgrün und Verkehrsflächen in einer Gesamthöhe von etwa 2.750.000,-- DM sei offensichtlich nicht falsch, da die Verwaltung dies in ihrer schriftlichen Beantwortung nicht widerlegt habe. Er stellt die Zusatzfrage, ob es richtig sei, daß der von ihm aufgezeigte Negativbetrag in Höhe von 2.750.000,-- DM bei dem für Mitte des Jahres 2001 angekündigten Abgleich keinesfalls zu einer Belastung des Kameralhaushaltes führen werde.

### 2. Schriftliche Anfrage der Ratsmitglieder Waldschmidt und Thannisch vom 05.02.2001 zur Ausländerakte Sahiti

Herr Waldschmidt sieht die gestellten Fragen als durch die Verwaltung nicht beantwortet an. Insbesondere sei nicht auf das widersprüchliche Verhalten der Ausländerbehörde eingegangen worden. Er schließe daraus, daß die Verwaltung die Fragen nicht beantworten könne. Seine Fraktion werde daraus die notwendigen politischen Rückschlüsse ziehen.

Bürgermeisterin Opladen erklärt, daß sie ein widersprüchliches Verhalten der Ausländerbehörde nicht zu erkennen vermag.

### 3. Anfrage zur Verpflichtungsformel für Ratsmitglieder

Herr Kierspel weist auf die Verpflichtungsformel hin, die allen Ratsmitgliedern zu Beginn der Ratsperiode abgenommen wurde. Die Diskussion in der heutigen

Sitzung habe z.T. den Eindruck erweckt, daß viele Ratsmitglieder eher bemüht seien, Schaden vom Land als von der Stadt abzuwenden. Er bittet darum, die Verpflichtungsformel allen Ratsmitgliedern schriftlich zur Verfügung zu stellen.

4. Anfragen zur Förderung von Sprachkursen für Kinder von ausländischen Zuwanderern sowie zur Durchführung von Schadstoffmessungen in den Schulgebäuden und Kindertagesstätten von Bergisch Gladbach

Herr Schnöring stellt folgende Fragen:

- a) Das Land habe Gelder für die Durchführung kostenloser Sprachkurse für die Kinder von ausländischen Zuwanderern zur Verfügung gestellt. Er möchte wissen, ob die Stadt sich an diesem Projekt bereits beteilige oder noch beteiligen werde.
- b) Er weist darauf hin, daß die Stadt Köln in ihren öffentlichen Gebäuden, insbesondere Schulen und Kindertagesstätten, Luftschadstoffmessungen durchgeführt habe. Die Ergebnisse würden derzeit in der Presse diskutiert. Er fragt an, ob in Bergisch Gladbach an den Schulen und Kindertagesstätten solche Messungen in Bezug auf Asbest, PCB und Formaldehyd durchgeführt wurden und wenn ja, mit welchem Ergebnis.

5. Anfrage zur Anbindung des Stadtzentrums an das Merheimer Kreuz

Frau Schmidt-Bolzmann weist darauf hin, daß beabsichtigt sei, eine von Bergisch Gladbach und Köln gemeinsam getragene Machbarkeitsstudie hinsichtlich der Anbindung an das Merheimer Kreuz in Auftrag zu geben. Sie möchte wissen, wie weit die diesbezüglichen Bemühungen gediehen seien.

Bürgermeisterin Opladen antwortet, daß die diesbezüglichen Abstimmungsgespräche noch im Gange seien. Sie hoffe, in der Sitzung des Hauptausschusses am 27.03.2001 konkretere Informationen geben zu können.

6. Anfrage zur Schulsanierung

Herr Blask weist darauf hin, daß das Land den Kommunen offensichtlich hinsichtlich der Schulgebäudesanierung finanziell unter die Arme greifen wolle. Die kommunalen Spitzenverbände seien derzeit dabei, entsprechende Modelle auszuarbeiten. Er möchte wissen, wer die Stadt in den Abstimmungsgesprächen hierzu vertrete, ob es bereits ein Ergebnis gebe, ob für Bergisch Gladbach Gelder herauszuholen seien und ob über jeweils neue Sachstände zügig informiert werden könne.

Stadtkämmerer Kotulla antwortet, daß der Innenminister eine Kommission eingesetzt habe, die von den kommunalen Spitzenverbänden begleitet werde. Die erste Sitzung der Projektgruppe beim Innenminister, in der die Spitzenverbände nicht vertreten seien, finde am 21.02.2001 statt. Der Städte- und Gemeindebund habe für den 20.02.2001 zu einer vorbereitenden Sitzung



eingeladen, an der er selbst teilnehme.

7. Anfrage zu einer Gebäudesanierung im Bereich des Nicolaus-Cusanus-Gymnasiums

Frau Koshofer übermittelt die Besorgnis der Leiterin des Nicolaus-Cusanus Gymnasiums, Frau Wittig, hinsichtlich des zeitlichen Rahmens einer notwendigen Sanierung der Turnhalle und des Musikteiles. In diesem Bereich sei ein Wassereinbruch geschehen, dessen Reparatur bislang noch nicht ausgeschrieben wurde. Frau Wittig habe die Sorge, daß die notwendige Sanierung bis zum Sommer nicht vonstatten gehe und sie aufgrund dessen den Schulbetrieb in diesen Gebäudeteilen nicht Aufrecht erhalten könne.

8. Anfrage zur Anbringung von Werbeschildern an Laternenmasten

Herr Müller nimmt Bezug auf die Einwohneranfrage von Herrn Hoffmann und die durch Bürgermeisterin Opladen hierauf gegebene Antwort. Die Angelegenheit sei in den Satzungen der Stadt nicht geregelt. Er möchte wissen, ob die zuständigen Gremien sich hiermit befassen müßten. Es werde für Vereine immer schwieriger, geeignete Orte zum Aufhängen ihrer Plakate oder Werbetafeln zu finden.

Fachbereichsleiter Sterzenbach antwortet, daß der Rat 1998 für diese „sonstige Nutzung“ des Straßenraums, die sich zivilrechtlich regele, Nutzungsrichtlinien beschlossen habe. In diesen sei alles Wesentliche in Bezug auf die hier legale Nutzung der beschriebenen Art geregelt. Insbesondere würden auch Rahmengebühren vorgesehen.

9. Anfrage zur Einrichtung von Tempo-30-Zonen im Stadtgebiet

Herr Waldschmidt weist auf die zum 01.02.2001 in Kraft getretene Änderung der Straßenverkehrsordnung hin, nach der für die Einrichtung von Tempo-30-Zonen keine aufwendigen Umbauarbeiten mehr notwendig seien und die neue Kriterien für die Abgrenzung solcher Zonen vorgebe. Der Kölner Stadt-Anzeiger habe berichtet, daß die Stadt eine Auflistung von vorhandenen und ggf. neu einzurichtenden Tempo-30-Zonen vorlegen wolle. Er stellt hierzu folgende Fragen:

- a) Wann sei dieser Katalog fertig erstellt und werde den politischen Gremien zur Beratung vorgelegt?
- b) Sei es möglich, aufgrund der geänderten Straßenverkehrsordnung für die gesamte Rommerscheider Straße eine Tempo-30-Zone einzurichten?

10. Anfrage zum Umgang der Ratsmitglieder untereinander

Herr Neuheuser möchte wissen, ob es in Ordnung sei, daß bestimmte

Ratsmitglieder von anderen diffamiert würden, ohne daß hierzu durch die Bürgermeisterin ein Ordnungsruf ergehe.

Bürgermeisterin Opladen antwortet, daß es im politischen Umgang miteinander ein breites Spektrum des Agierens gebe. Nicht nur die Mitglieder des Rates, sondern auch sie selbst müsse in den Sitzungen der politischen Gremien einiges ertragen, ohne das hiergegen ein Ordnungsruf ergehen könnte. Im Rahmen einer politischen Tätigkeit müsse man jedoch gerade darauf vorbereitet sein.

11. Anfrage zum Gewerbegebiet Spitze

Frau Hammelrath weist darauf hin, daß der Gebietsentwicklungsplan für den Regierungsbezirk Köln im Teilabschnitt Region Köln bereits am 21. Dezember 2000 genehmigt wurde. Hierbei sei allerdings das geplante Gewerbegebiet Spitze aus der Genehmigung ausgeklammert worden, weil es an allen wichtigen Fakten zur verkehrlichen Anbindung gefehlt habe. Sie möchte wissen, ob der Bürgermeisterin bekannt sei, daß die Stadt die verkehrliche Erschließung für das 40 ha große interkommunale Gewerbegebiet nachweisen müsse. Wann lege die Stadt der Bezirksregierung die notwendigen Untersuchungen hierzu vor?

Stadtbaurat Schmickler stellt klar, daß es nicht den Tatsachen entspreche, die verkehrlichen Belange im Bezug auf das Gewerbegebiet seien seinerzeit nicht geklärt bzw. aufgearbeitet worden. Es habe bereits damals umfangreiche Überlegungen zu der Problematik gegeben. Diese seien lediglich in bestimmten Bereichen nicht ausreichend bzw. umfänglich genug gewesen.

Mit der Bezirksregierung sei inzwischen ein Gespräch hierzu geführt worden. Zwar sei die Stadt in der Lage, die wesentlichen Aussagen zur Verkehrserschließung auch aus eigener Kraft zu machen, jedoch sei signalisiert worden, besser ein Gutachten zu bestimmten Punkten in Auftrag zu geben. Dieser Auftrag sei inzwischen mit einem externen Büro abgesprochen worden. Vorliegen solle das Gutachten voraussichtlich im April. Sobald dies der Fall sei, werde die Stadt unverzüglich einen neuen Termin vereinbaren und die Angelegenheit weiter betreiben. Anderweitig sehe er derzeit keine Möglichkeit, zu einer Beschleunigung des Verfahrens beizutragen.

12. Anfrage zur Preisgabe von Informationen aus dem Ältestenrat

Herr Jung regt an, zu den Sitzungen des Ältestenrates direkt Vertreter der Presse einzuladen, um für bestimmte Mitglieder dieses Gremiums die Mühe entbehrlich zu machen, die dort besprochenen vertraulichen Dinge anschließend weiterzugeben.

Bürgermeisterin Opladen sichert zu, diese Problematik im Ältestenrat am 20.02.2001 anzusprechen.

13. Anfrage zur Funktionsfähigkeit von Alarmsirenen im Stadtgebiet

Frau Wöber-Servaes weist auf einen kürzlich erfolgten Test der Alarmsirenen im Stadtgebiet von Köln hin. Sie möchte wissen, ob die Stadt Bergisch Gladbach noch über solche Alarmsirenen verfüge und ob diese von Zeit zu Zeit in ihrer Funktion getestet werden.

14. Anfrage zum Nahverkehrsplan des Rheinisch-Bergischen Kreises

Herr Ziffus weist auf die im Hauptausschuß erfolgte Diskussion zum Nahverkehrsplan des Rheinisch-Bergischen Kreises hin. Er bittet die Verwaltung, ihm schriftlich zu bestätigen, daß eine Verwirklichung des dort dargestellten Gestaltungsszenarios, welches auf eine Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs sowie des Gütertransportes auf der Schiene abstelle, für die Stadt erhebliche ökonomische und ökologische Vorteile bringe. Es handele sich um einen Betrag zwischen 8 und 10 Mio. DM pro Jahr.

Anfragen werden, soweit sie nicht bereits mündlich beantwortet wurden, schriftlich beantwortet.

Bürgermeisterin Opladen schließt die öffentliche Sitzung.